



Protokoll der 6. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. Dezember 2020, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Jeitziner Loris (SP) und Schwörer Daniel (FDP)
Stadträtin Regula Nebiker

Traktanden

Laufnummer

- Traktandenliste
- ://: Dem Dem Antrag des Büros wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Schulhaus Gestadeck, Ersatzbaute Pavillon» (Nr. 2020-29) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt, da die stadt-rätliche Vorlage vom Büro bereits an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wurde.*
- 2020-29
- ://: Dem Antrag der SP-Fraktion wird einstimmig zugestimmt, dass das Postulat «Stillstandzeiten nutzen» (Nr. 2020-18) und das Postulat «Quartierschliessung» (Nr. 2020-20) gemeinsam beraten werden.*
- 2020-20
1. Protokolle vom 28.10.2020 und 25.11.2020
://: Die Protokolle vom 28. Oktober 2020 und 25. November 2020 werden einstimmig genehmigt.
-
2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen
://: Wahl der Vorgeschlagenen gemäss Nomination der SVP-Fraktion.
- 2020-27
3. Quartierplan Cheddite II – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung
://: Der Rat genehmigt einstimmig die Quartierplanung Cheddite II gemäss den Anträgen des Stadtrates und der BPK.
- 2020-6
2020-6a
4. Budget und Jahresprogramm 2021 – Berichte Stadtrat und Finanzkommission (FIKO) sowie Bau- und Planungskommission (BPK)
://: Das Jahresprogramm 2021 wird einstimmig genehmigt und das Budget 2021 in der Schlussabstimmung mit 32 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen genehmigt.
- 2020-14
2020-14a
2020-14b
5. Alters- und Pflegeregion, Kommission (APRL) – Berichte Stadtrat sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)
://: Grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung genehmigt der Rat den Gründungsvertrag für eine gemeinsame Kommission Alters- und Pflegeregion Liestal (APRL).
- 2020-8
2020-8a

- | | | |
|-----|--|--|
| 6. | <p>Wasserleitungersatz im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau der EBL – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK)</p> <p><i>://: Der Bruttokredit von TCHF 831 für den Wasserleitungersatz im Zusammenhang mit dem EBL-Fernwärmeausbau wird einstimmig beschlossen.</i></p> | <p>2020-24 2020-24a</p> |
| 7. | <p>Veloverkehr rund um den QP Weierweg und QP Aurisa – Bericht Stadtrat zum dringlichen Postulat «Führung des Veloverkehrs rund um den QP Weierweg und QP Aurisa überprüfen und verbessern» der Bau- und Planungskommission (BPK)</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2020/204 2020/204a</p> |
| 8. | <p>Parkplatzkonzept – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zu Postulat «Parkraumkonzept für Liestal» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion sowie zu Postulat «Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, Daniela Reichenstein namens der FDP-Fraktion und Stefan Fraefel namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2020/202 2020/202a 2016/23 2016/23a 2016/23b 2019/149 2019/149a 2019/149b</p> |
| 9. | <p>Schulhaus Gestadeck, Ersatzbaute Pavillon</p> <p><i>Absetzung von der Traktandenliste, da die Vorlage vom Büro bereits an die BPK zur Vorberatung überwiesen wurde.</i></p> | <p>2020-29</p> |
| 10. | <p>Recycling SBB-Baustelle – Interpellation betreffend Recycling auf SBB-Baustelle von Beat Gränicher der SVP-Fraktion</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2020-19</p> |
| 11. | <p>Ruftaxi statt Ortsbus – Postulat «Ruftaxi statt Ortsbus: Mehr öV zum kleinen Preis» von Stefan Fraefel und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-16)</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2020-16</p> |
| 12. | <p>Stillstandzeiten nutzen – Postulat «Stillstandzeiten nutzen» von Domenic Schneider und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2020-18</p> |
| 13. | <p>Quartiererschliessung – Postulat betreffend Quartiererschliessung von Pascale Meschberger namens der SP-Fraktion</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2020-20</p> |
| 14. | <p>Vortrittsregelung-Änderung – Postulat «Änderung Vortrittsregelung Kasernen-/Seltisbergerstrasse/Kantinenweg» von Stefan Fraefel und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2020-25</p> |
| 15. | <p>Rathausstrasse – Postulat «Verbesserung Situation Rathausstrasse» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion und Loris Jeitziner der SP-Fraktion</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2020-26</p> |

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) heisst die Ratsmitglieder, den Stadtrat sowie die Medienvertreter und Gäste zur letzten Sitzung im Jahr 2020 willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Zusammenhang mit dem angepassten Schutzkonzept COVID-19 werden folgende Punkte speziell erwähnt:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen und den Ratsmitgliedern am heutigen Morgen zur Kenntnis gebracht worden.
 - Beim Eingang in den Landratssaal werden Hygienemasken abgegeben. Für alle Anwesenden im Landratssaal gilt die Maskentragpflicht.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Benützung der Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen wird empfohlen.
 - Die Türen im Landratssaal bleiben offen, die Fenster bleiben geschlossen.
 - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
 - Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
 - Es findet keine Pause statt.
- Stadträtin Regula Nebiker muss sich für die heutige Sitzung entschuldigen lassen. Deren Geschäfte werden von Stadtrat Lukas Felix vertreten.
- Die Sitzung wird zwischen 18.30 – 19.00 Uhr geschlossen, doch sollten heute mindestens die ersten 7 Traktanden behandelt werden können.
- Da zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gemäss neuesten Bestimmungen die Restaurants ab 19.00 Uhr schliessen müssen, ist vom Büro das Jahresschlusssessen vom 20. Januar 2021 definitiv abgesagt worden.
- Auf der Zuschauertribüne wird letztmals Thomas Kunz in seiner Funktion als Bereichsleiter Finanzen/Einwohnerdienste die heutige Ratssitzung mitverfolgen, da dieser per Ende Jahr die Stadtverwaltung Liestal verlassen wird. Während den über 21 Dienstjahren haben ihn einige Stadtverwalter, Stadtratsmitglieder und auch Einwohnerrats- sowie FIKO-Mitglieder begleitet. Namens des Einwohnerrates möchte sie Thomas Kunz an dieser Stelle den besten Dank für die gute und angenehme Zusammenarbeit in den letzten 2 Jahrzehnten aussprechen. Der Einwohnerrat wünscht ihm für die berufliche und auch private Zukunft nur das Beste.

Tischpapiere

- Stimmrechtsausweis, rot
- ER-Vorlagen Nr. 2020-28, Nr. 2020-30 – Nr. 2020/35 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Waldenburgerbahn – Interpellation «Neubau Waldenburgerbahn: Grundwasserfassung Helgenweid» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2020-28)
- Vereinsunterstützungen – Postulat «Gerechte Verteilung der Zentrumslasten: Bericht zur Unterstützung von Vereinen durch die Stadt Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion und Dominic Odermatt der FDP-Fraktion (Nr. 2020-30)
- Mehrwertabgabe – Interpellation «Das Baselbieter Gesetz zur Mehrwertabgabe bei Ein- und Umzonungen wird angepasst – Auswirkungen für Liestal» von Benjamin Holinger und Michael Durrer der Grünen Fraktion (Nr. 2020-31)
- Mehrwertabgabe – Motion «Mehrwertabgabe: neuen rechtlichen Spielraum ausnützen» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Albert Siegwart der Grünen Fraktion (Nr. 2020-32)
- Cargo Sous Terrain – Interpellation «Cargo Sous Terrain – Chance für Liestal ?» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-33)
- Veloverkehr – Postulat «Konzept Veloverkehr» der Bau- und Planungskommission (Nr. 2020-34)
- Bezahlte arbeitsfreie Tage 2021 – Interpellation «Bezahlte arbeitsfreie Tage im Jahr 2021» von Michael Durrer der Grünen Fraktion (Nr. 2020-35)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------------------|--|
| - Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Reichenstein Daniela (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bonjour Bernhard (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Dominique Meschberger (SP) informiert darüber, dass von ihrer Fraktion gewünscht wird, dass während der Corona-Pandemie die Kommissionsitzungen per Zoom oder sonstwie digital stattfinden sollten.

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass in diesen Tagen in den Medien über den Architekturwettbewerb des Lüdin-Areal berichtet wurde. Das Siegerprojekt «Altstadtblick» mit seiner hochwertigen Architektur konnte alle Jurymitglieder überzeugen. Es wird angestrebt, dass das Quartierplanverfahren bis Ende 2022 rechtskräftig ist. Im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung kann er darüber berichten, dass per Mitte Dezember die Bevölkerung Liestals um rund 350 Einwohner zugenommen hat. Ebenfalls wurde in den vergangenen Tagen über verschiedene SBB-Fahrplananpassungen und die künftigen Fernverkehr-Anpassungen hinsichtlich der Zughalte in Liestal informiert und geschrieben. Diesbezüglich ist ein weiterer Einsatz auf allen politischen Ebenen nötig.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) informiert darüber, dass vom Büro an der Sitzung vom 17. Dezember 2020 die stadträtliche Vorlage «Schulhaus Gestadeck, Ersatzbaute Pavillon» (Nr. 2020-29) der Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wurde. Das Büro stellt deshalb den Antrag, das Geschäft auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung zu streichen. Die Ratsmitglieder möchten sich zu diesem Antrag nun äussern. Sie kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Büros wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Schulhaus Gestadeck, Ersatzbaute Pavillon» (Nr. 2020-29) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

Pascale Meschberger (SP) beantragt namens der SP-Fraktion, dass die beiden Traktanden Nr. 12 «Stillandzeiten nutzen» und Nr. 13 «Quartierschliessung» verbunden beraten werden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden und sie deshalb über diesen abstimmen lässt.

://: Dem Antrag der SP-Fraktion wird einstimmig zugestimmt, dass das Postulat «Stillandzeiten nutzen» (Nr. 2020-18) und das Postulat «Quartierschliessung» (Nr. 2020-20) gemeinsamen beraten werden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden und somit die Geschäfte mit den beschlossenen Änderungen der Traktandenliste beraten werden.

49 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle vom 28.10.2020 und 25.11.2020

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den beiden letzten Protokollen eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt.

Sie kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 28. Oktober 2020 und 25. November 2020 werden einstimmig genehmigt.

50 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2020-27)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass sich der Rat mit dem Vorschlag des Ratsbüros für eine offene und gesamthafte Wahl der Vorgeschlagenen einverstanden erklären kann und aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig werden gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion und Vorlage Nr. 2020-27 gewählt:

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Gränicher Beat (SVP) anstelle von Rudin Markus (SVP) als BPK-Mitglied
- Rudin Markus (SVP) anstelle von Gränicher Beat (SVP) als BPK-Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Meyer Hanspeter (SVP) anstelle von Gränicher Beat (SVP) als FIKO-Mitglied
- Gränicher Beat (SVP) anstelle von Meyer Hanspeter (SVP) als FIKO-Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Meyer Denise (SVP) anstelle von Meyer Hanspeter (SVP) als GPK-Mitglied
- Meyer Hanspeter (SVP) anstelle von Rudin Markus (SVP) als GPK-Ersatzmitglied

51 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Quartierplan Cheddite II – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2020-6)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) hält fest, dass das Geschäft an der letzten Sitzung vom 25. November 2020 in einer 1. Lesung bereits beraten wurde. An der heutigen Sitzung möchte man deshalb auf Wiederholungen verzichten und nur über Ergänzungen sowie neue Erkenntnisse informieren.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass ihrer Fraktion auch keine neuen Erkenntnisse bekannt sind, welche heute erwähnt werden müssten. Beim Quartierplan Cheddite II handelt es sich um ein hochwertiges und wertvolles Projekt, welchem die Mittefraktion zustimmen wird.

Peter Bürgin (FDP) merkt an, auch die FDP-Fraktion wird dem Quartierplan Cheddite II einstimmig zustimmen. Die Qualität bei diesem QP stimmt und die Interessenabwägungen im Zusammenhang mit dem Schutz und dem Erhalt der Gebäude ist von der BPK ebenfalls die gebührende Beachtung geschenkt worden.

Patrick Mägli (SP) weist darauf hin, dass auch er keine Ergänzungen anbringen oder über neue Erkenntnisse berichten kann. Dem Kantonsgericht-Urteil ist man mit der Ergänzung des Planungsberichtes nachgekommen und auch die Schutzwürdigkeit gewisser bestehender Gebäude ist überprüft worden. Das Interesse an der geplanten Überbauung überwiegt gegenüber der Schutzwürdigkeit gewisser Gebäude und so wird auch die SP-Fraktion den Genehmigungsanträgen zustimmen.

Natalie Oberholzer (GL) meint, dass dem vorliegenden QP schon eine gute Architektur mit Leuchtturmcharakter attestiert werden kann. Mit diesem QP kann eine gute Wohn- und Lebensqualität erwartet werden, welche auch von ihrer Fraktion unterstützt wird, indem man dem Genehmigungsantrag zustimmen wird.

Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass die wichtigsten Punkte bereits festgehalten wurden und seine Fraktion dem Quartierplan Cheddite II ebenfalls zustimmen wird.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Quartierplanung Cheddite II, bestehend aus:

- Quartierplanreglement „Cheddite II, Teilgebiet Liestal“, Stand 06.09.2016, inklusive Zusatzanträge 4.1 der BPK vom 29. März 2017
- Quartierplan „Cheddite II“, (Teilgebiet Stadt Liestal), Situation und Schnitte 1:500 vom 06.09.2016
- Mutation Zonenplan Siedlung, Liestal (Parz. Nr. 2402 und 3227), Stand 06.09.2016

52 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Budget und Jahresprogramm 2021 – Berichte Stadtrat und Finanzkommission FIKO sowie Bau- und Planungskommission BPK (Nr. 2020-14)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner informiert darüber, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt wird:

- 1. Eintreten**
- 2. FIKO-Bericht (Nr. 2020/14a)**
- 3. BPK-Bericht (Nr. 2020/14b)**
- 4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**
- 5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**
- 6. Einzelredner: Gesamtwürdigung**
- 7. Anträge**

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Einwohnerrat nicht zur Diskussion gestellt wird.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2020-14a)

Benjamin Holinger (GL) hält die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2020-14a fest: Vorgängig der Detailberatung hatten sich die Präsidien der BPK, SBK und FIKO getroffen, um die Kommissionsarbeit für die Vorberatung des Budget und des EP koordinieren zu können. Selbstkritisch darf festgestellt werden, dass diesbezüglich noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist. Die FIKO hatte das Budget an fünf Sitzungen beraten, wobei 2 Sitzungen in Subkommissionen abgehalten wurden. Die Hauptgründe für den Aufwandüberschuss von 5,7 Mio. sind insbesondere die Corona-Pandemie, die Pflegefinanzierung für das Alter sowie das Asylwesen und die Sozialhilfekosten. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf rund 6 Mio., wobei die verzinsliche Fremdfinanzierung um 9 Mio. zunimmt und sich auf total 58 Mio. beläuft. Das Eigenkapital nimmt um rund 5,5 Mio. ab. Sorge bereitet der FIKO insbesondere das strukturelle Defizit, denn wenn das so weiter geht, dürfte Ende Planjahr 2025 der Bilanzüberschuss gerade noch etwa TCHF 459 betragen und sich das verzinsliche Fremdkapital auf rund 82,5 Mio. belaufen. Im EP 2020-2024 wurde für das Planjahr mit einem Ertragsüberschuss von TCHF 869 gerechnet und gemäss nun vorliegendem Budget 2021 ist mit einem Aufwandüberschuss von TCHF 5'678 zu rechnen. Trotz den reduzierten Nettoinvestitionen muss im Budget ein Finanzierungsfehlbetrag von TCHF 9'145 ausgewiesen werden. Selbst operative Tätigkeiten müssen im 2021 zum Teil fremdfinanziert werden. Bei den Steuererträgen wirken sich

insbesondere Covid-19 und die Steuervorlage 17 (SV17) negativ aus und so ist im 2021 mit einem negativen Steuerwachstum zu rechnen. Erfreulich ist hingegen, dass dank dem Bevölkerungswachstum mit Steuermehrerträgen von rund TCHF 322 gerechnet werden kann. Im Zusammenhang mit dem Jahresprogramm 2021 hatte die FIKO insbesondere den finanzrelevanten Positionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Erfreulich ist, dass unter anderem die Digitalisierungsstrategie weitere Verbesserungen erfahren soll, das Buchhaltungssystem wird ersetzt und Massnahmen im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung werden getroffen. Im Bildungsbereich haben sich bei den Kreis-Kleinklassen immer mehr Gemeinden zurückgezogen und somit hat Liestal einen höheren Sockelbeitrag zu leisten. Liestal wird auch in den Bereichen KITA, Kleinklassen, Einführungsklasse, Begabtenförderung usw. eine Vollkostenbeteiligung der beteiligten Gemeinden anstreben. Die Personalkosten nehmen deutlich zu, doch diese sind insbesondere mit kantonalen Vorgaben zu begründen. Im Zusammenhang mit den Sportanlagen wurde unter anderem festgestellt, dass beim Gitterli-Bad rund 75% der Besucher von auswärts kommen und der Auswärtigen-Anteil bei Vereinen ebenfalls zwischen 40 – 50% liegt, welche die Infrastruktur in Liestal beanspruchen. Im Bereich Soziales/Sicherheit muss wegen Covid-19 ebenfalls mit einem Mehraufwand gerechnet werden. Liestal hat mit Abstand die höchste Sozialhilfequote im Kanton. Vertieft wurden die Asylkosten und auch das neue Asylheim angeschaut. Beim Bereich Hochbau/Planung sind wegen den Neupriorisierungen die Sanierung der Sporthalle Frenkenbündten sowie die Rotackerschulhaus-Sanierung weit nach hinten geschoben worden und dies wird man bei der EP-Beratung genauer anschauen. Nach der Verabschiedung des Parkraumkonzeptes durch den Einwohnerrat wird der Stadtrat im Frühjahr 2021 auch das Parkleitsystem-Projekt weiterverfolgen. Im Bereich Tiefbau sind verschiedene Schwerpunkte wie die Heidenlochstrasse, Friedhofneugestaltung usw. definiert, welche im FIKO-Bericht ebenfalls zitiert werden. Hinsichtlich den Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfallbeseitigung kann man feststellen, dass diese in finanzieller Hinsicht gut unterwegs sind. Gemäss BDO-Bericht wird Liestal im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer-Überprüfung ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Die FIKO kann den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Dem Rat ist wiederum ein sauber ausgearbeitetes Budget unterbreitet worden und die Fragen der vorberatenden Kommissionen sind kompetent beantwortet worden. Auch die FIKO möchte an dieser Stelle speziell dem Bereichsleitenden Thomas Kunz den besten Dank für die jahrelange gute Zusammenarbeit aussprechen und im für die Zukunft alles Gute wünschen. Hinsichtlich der finanziellen Lage von Liestal ist auch die FIKO sehr besorgt, denn trotz langen und intensiven Sparbemühungen in der Vergangenheit erschwert das strukturelle Defizit die notwendige und innovative Entwicklung Liestals. Die stadt-rätlichen Bemühungen zur Aufgabenüberprüfung gegenüber dem Kanton, dem Bund und den Nachbargemeinden werden von der FIKO unterstützt. Erfreulich ist hingegen, dass gemäss Jahresprogramm trotz der unerfreulichen finanziellen Situation diverse Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität in Liestal definiert sind.

3. BPK-Bericht (Nr. 2020-14b)

Werner Fischer (FDP) nimmt Bezug auf den BPK-Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2020-14b und hält fest, dass das Budget 2021 in zwei Sitzungen beraten wurde. Die Totalsanierung des Rotacker-Schulhauses mit Investitionen von rund 30 Mio. musste um zehn weitere Jahre verschoben werden, damit konnten unter anderem Massnahmen veranschlagt werden, welche der Werterhaltung dienen. So kann der Pavillon Rosen nach der Ertüchtigung für weitere 6 Jahre gebraucht werden. Auch beim Rotacker-Schulhaus werden kleinere Massnahmen zum Erhalt der Gebrauchstauglichkeit getroffen. Auch kleinere Investitionen sind nachhaltig und sind bei späteren Gesamtsanierungen nicht nochmals zu tätigen. Beim Tiefbau kann aktuell so viel in den Werterhalt investiert werden, wie es der Werterhalt nach SIA fordert. Beim Hochbau liegt das Problem schon darin, vor allem bei den Schulhausbauten die Investitionen für mehrere Jahre hinausgeschoben werden müssen. Die BPK wird sich den diesbezüglichen Investitionsstau nochmals diskutieren. Die BPK unterstützt die stadträtlichen Anträge einstimmig.

4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die wohlwollende Aufnahme des Budget 2021 in den Kommissionen, was die Budget-Erarbeitung betrifft. In vergangener Zeit konnte man mehrfach in den Zeitungen lesen, dass die Gemeinden unseres Kantons doch fast durchwegs grössere Finanzprobleme haben und es sich dabei um die gleichen Hauptprobleme wie bei uns handelt. Liestal hat aber noch das zusätzliche Problem wegen den Zentrumslasten, welche doch sehr einschneidend sind. Das strukturelle Defizit kann dank dem grosszügigen Bürgergemeindecentscheid im Zusammenhang mit dem Erlass der Baurechtszinsen etwas reduziert werden. Bei der bevorstehenden Aufgabenüberprüfung wird das Anziehen der Sparschraube alleine nicht genügen, sondern es sind weitere Massnahmen notwendig. So braucht es beispielsweise mehr Freiheiten im Bildungsbereich für die Gemeinden, weitere Optimierungen unter den Gemeinden bei gemeinsamen Aufgaben sind nötig usw. Mit dem neuen Postulat Nr. 2020-30 wird direkt die Vereinsunterstützungen, indirekt aber auch die vermehrte Solidarität unter den Gemeinden thematisiert. Die Solidarität unter den Gemeinden ist vermehrt wichtig, denn auch beispielsweise im Sozialhilfebereich ist es so, dass die Sozialhilfekosten der Zentrumsgemeinden nicht alleine das Thema zwischen den stark betroffenen Gemeinden und dem Kanton ist, sondern auch einmal unter den Gemeinden angeschaut werden sollte. Im Asylbereich sollte beispielsweise der Bund und nicht die Kantone sowie die Gemeinden die Kosten übernehmen. Er wird sich anschliessend vielleicht noch zu einigen Voten der Fraktions- und Einzelsprecher äussern.

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Michael Durrer (GL) zitiert aus den Protokollen der Sitzungen seit 2016 und stellt fest, dass sich die Fraktionssprecher der Grünen Fraktion im Zusammenhang mit den letzten Budget-Vorlagen bereits zu Themen wie Härtefallgesuch der Stadt Liestal, Sozialhilfekosten-Anstieg, Sparbemühungen, Steuerreform usw. geäussert hatten. Die Themen sind über all die Jahre dieselben und wurden nun neu noch mit dem Thema Covid-19 ergänzt. Es geht um die Ausgaben in den Bereichen Sozialhilfe, Gesundheit und Alter und fehlende bzw. wegfallende Steuereinnahmen sowie nichtfunktionierende Ausgleichsmechanismen auf der Einnahmenseite. Auch die überproportionale Belastung wegen der Zentrumsfunktion Liestals, die Sparbemühungen, immer wieder zu verschiebende Investitionen sowie der fehlende Handlungsspielraum und die Fremdbestimmungen sind weitere Dauerthemen. Anders als in den letzten Jahren ist hingegen neu, dass sich auch viele andere Gemeinden über die finanzielle Schieflage beklagen und dafür nicht alleine die Corona-Pandemie verantwortlich machen, sondern dieselben Gründe wie Liestal aufführen. Es sind nicht nur die verschiedenen Gemeinden, sondern auch Politiker aus sämtlichen Parteien, die nun den Handlungsbedarf sehen. Es stimmt ihn vorsichtig zuversichtlich, dass nun Bewegung in diese ganze Geschichte kommt und der Kanton zusammen mit den Gemeinden nach Lösungen sucht. Seiner Fraktion machen in der angespannten Finanzsituation insbesondere das längere hinausschieben von nötigen Investitionen Sorge. Dem Stadtrat wird vertraut, dass von ihm die notwendigen Sachen gemacht werden und diese Planung sehr sorgfältig passiert. Gleichzeitig stellt sich aber dennoch die Frage, ob man denn schlussendlich nicht doch mehr zu bezahlen hat. Auch können wir es nicht mehr leisten, dass wir beim Klima, dem Umweltschutz, zu Themen der Nachhaltigkeit weiterhin sparen. Denn bei diesen Themen stehen dem Spardruck der ebenso wichtige Zeit- und Handlungsdruck gegenüber. So ist sich seine Fraktion beispielsweise im Zusammenhang mit den Schulhaussanierungen nicht sicher, ob eine Verzögerung schlussendlich nicht doch auch höhere Kosten verursachen würden. Beim Klimaschutz ist man sich diesbezüglich jedoch sicher, denn der zu bezahlende Preis wird schlussendlich bei weiterem Zuwarten massiv höher sein. Trotz der angespannten finanziellen Situation wird seine Fraktion weiterhin Forderungen im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit usw. stellen. Auch seine Fraktion bedankt sich bei Bereichsleiter Thomas Kunz für die geleistete Arbeit zu Gunsten der Stadt Liestal und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Ergänzend zum Dank an die Stadtratsmitglieder und die

Verwaltung möchte er dieses Jahr erstmals ebenfalls der Bürgergemeinde Liestal für deren Solidarität gegenüber der Stadt Liestal danken, indem sie im 2021 auf die Baurechtszins-Fakturierung verzichtet. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Bruno Imsand (FDP) dankt seinem Vorredner für den Rückblick in die Vergangenheit, weshalb er nun auf Wiederholungen verzichten kann. Ein nicht ganz unwichtiger Vorteil hat Liestal, dass man am 1. Januar 2021 über ein genehmigtes Budget verfügt, was in zahlreichen anderen Gemeinden nicht der Fall sein wird. Alle Gemeinden sind mehr oder weniger von den Auswirkungen von Covid-19, der Steuervorlage 17, dem Pflegekostenanstieg usw. betroffen. Und da die Gebergemeinden wohl künftig weniger an den Finanzausgleich berappen werden, wird Liestal als Nehmergemeinde auch weniger erhalten. Covid-19 wird sich vielfältig negativ auf die Steuereinnahmen auswirken. Bei den Ausgaben befiehlt beispielsweise der Bund die Folgekosten für die Gemeinden im Asylbereich und im Bildungsbereich befiehlt der Kanton, was die Gemeinden zu bezahlen haben. Es müsste schon überprüft werden, welche Aufträge von Bund und Kanton die Gemeinden künftig zu erfüllen und zu finanzieren haben. Liestal hat als Zentrumsgemeinde und Kantonshauptstadt Leistungen zu erbringen, welche nicht abgegolten werden. Eine grössere Solidarität innerhalb der Gemeinden müsste schon angestrebt werden und das neue Postulat Nr. 2020-30 «Vereinsunterstützungen» wird dem Stadtrat bestimmt etwas den Rücken stärken. Man kann sicher sagen, dass wir heute über ein schlimmes Budget abzustimmen haben, denn mit den Einnahmen können wir ja beispielsweise nicht einmal die laufenden Kosten decken, somit unterstützt seine Fraktion auch die bevorstehende Aufgabenüberprüfung. Die stadträtlichen Anträge werden von der FDP-Fraktion unterstützt.

Pascale Meschberger (SP) dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die grossartige Arbeit, welche im Zusammenhang mit der Budget-Ausarbeitung sowie Kommissionsberatung geleistet wurde. Auch für die SP-Fraktion war das Budget 2021 mit einem Aufwandüberschuss von 5,7 Mio. ein grösserer Schock, denn dieses Ergebnis war trotz Covid-19 in diesem Ausmass nicht voraussehbar. Die Mindereinnahmen von rund 2 Mio. wegen SV17 sind schon auch happig, obwohl nicht für alle so überraschend. Auch ist es voraussehbar, dass die Beiträge aus dem Finanzausgleich künftig geringer sein werden. Die Kosten im Bildungs- und Sozialhilfebereich werden wohl kaum sinken, sondern eher noch marginal ansteigen. Auch ihre Fraktion unterstützt die geplante Aufgabenüberprüfung des Stadtrates, dürfte doch ein Aussenblick nicht schaden. Auf der Ausgabenseite dürfen keine wesentlichen Änderungen erwartet werden, ist doch nur ein sehr kleiner Anteil der gesamten Ausgaben nicht fremdbestimmt. Auf der Einnahmenseite ist es doch erfreulich, dass die Wachstumsstrategie nun doch langsam Früchte trägt. Auch die bessere Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde seit den letzten Wahlen ist erfreulich. Die Regionalisierung und vermehrte Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden ist wichtig. Es ist immer von den Zentrumslasten die Rede, doch sind dies nicht nur Lasten, sondern Liestal hat als Zentrumsgemeinde auch Vorteile, die auch einen Mehrwert betreffend der Lebens- und Wohnqualität, der Attraktivität sowie beispielsweise dem Kulturangebot in Liestal usw. mit sich bringen. So kann Liestal beispielsweise als Kantonshauptstadt von einer schönen und grossen Bibliothek profitieren, welche vom Kanton finanziert wird. Es ist wichtig, dass Investitionen trotz schlechter Finanzlage getätigt werden und auch in ihrer Fraktion wurden Bedenken geäussert, dass die Kosten schlussendlich höher sein dürften, wenn man beispielsweise bei den Schulbauten während längerer Zeit nur Behelfsmassnahmen ergreift. Erfreulich ist zudem, dass in punkto Nachhaltigkeit etwas geht. Ein besserer Lasten- aber auch Gewinnausgleich unter den Gemeinden des Kantons ist nötig, was dem Kanton auch bekannt ist. Auch ist dem Kanton bekannt, dass die Gemeinden länger und mehr fordern, dass der Kanton sich vermehrt an denjenigen Kosten zu beteiligen hat, welche er verursacht. Schwierige Zeiten stehen in finanzieller Hinsicht bevor und die Hoffnung stirbt zuletzt, dass die Rechnung 2021 besser als das prognostizierte Ergebnis des Budget 2021 abschliessen wird. Die SP-Fraktion wird den Anträgen ebenfalls zustimmen.

Patricia Bergamin (SVP) hält fest, dass die wichtigsten Punkte bereits von den Vorrednern gesagt wurden und sie auf Wiederholungen verzichten möchte. In Zukunft müssen einige Herausforderungen in finanzieller Hinsicht gestemmt werden. Investition sollen nur getätigt werden, wenn wirklich Bedarf vorhanden ist. Auch müsste man auf Sonderwünsche und Extravaganzen vermehrt zurückhaltender agieren. Sparen helfen und vernünftig Geld ausgeben sollten wir doch alle können. Ihre Fraktion ist über die roten Zahlen ebenfalls nicht erfreut, wird aber allen Anträgen zustimmen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) kann als FIKO-Mitglied feststellen, dass dem Rat einmal mehr ein gutes Budget 2021 vorgelegt wurde, obwohl das Ergebnis gar nicht erfreulich ist. Als Einwohner und Bürger von Liestal graut es ihm aber doch ganz fest vor der Zukunft. Denn müssten wir beispielsweise als Einwohnerratsmitglieder auch die Funktion des Familienvaters für das vorliegende Budget übernehmen, könnten wir wohl kaum mehr schlafen und müssten rigorose Sparmassnahmen umsetzen. Auch der Einwohnerrat kann nicht nur mit dem Finger auf Dritte als vermeintliche Schuldige zeigen, sondern muss selbst auch an den Einnahmen und Ausgaben schaffen. Er ist überzeugt davon, dass man aus Zentrumslasten durchaus auch Zentrumschancen machen kann. Rückblickend muss er feststellen, dass die Mittefraktion immer wieder auf die negative finanzielle Entwicklung hingewiesen hatte. Und heute stehen wir da, wovor die früheren Ratsmitglieder Gerhard Schafroth und Rolf Gutzwiller schon immer gewarnt hatten, wobei deren Voten hier im Rat belächelt wurden. Wir haben nun ein strukturelles Defizit und im Zusammenhang mit dem Budget 2021 möchte er doch einige Punkte erwähnen: Für die Digitalisierung sind Ausgaben veranschlagt, doch fehlen im beispielsweise Minderkosten bei den Frankaturen. Bei einer Digitalisierung braucht es auch weniger Arbeitsplätze, da man ja auch im Homeoffice arbeiten kann. Und ist wirklich ein Betrag von rund 4 Mio. für Dienstleistungen durch Dritte nötig oder könnten vielleicht einige Arbeiten und Aufträge davon vielleicht nicht doch selber erledigt werden? Die Mittefraktion unterstützt die Aufgabenüberprüfung auch hinsichtlich solchen Fragen. Aufgefallen ist auch, dass man für den Engelsaal mehrere hunderttausend Franken budgetiert hat, obwohl das vom Einwohnerrat verlangte Konzept immer noch nicht vorliegt. Und im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung könnte man auch hier die berechtigte Frage stellen, ob es denn nun wirklich die Aufgabe der Stadt sein soll, den Engelsaal zu betreiben. Diese Aufgabe müsste wohl eher der Gastronom erfüllen, welcher auch einen direkten Nutzen an einem guten Betrieb des Engelsaales hat. Und schlussendlich dürfte es die Stadt wohl günstiger kommen, wenn sie den Engelsaal für einen symbolischen Franken verkaufen würde. Solche und weitere kritische Fragen werden künftig von der Mittefraktion wohl vermehrt gestellt werden. Seine Mittefraktion möchte nicht destruktiv sein, erwartet aber klare Massnahmen zur Verbesserung der langfristigen finanziellen Situation, ansonsten muss doch noch einmal die Ablehnung eines Budget in Betracht gezogen werden. Das Budget 2021 wird man nicht ablehnen, grossmehrheitlich wird sich die Mittefraktion aber bei der Abstimmung enthalten.

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) äussert, es habe doch auch Vorteile, wenn als Fraktion nicht im Stadtrat vertreten ist, denn dann muss man beispielsweise auch nicht auf diese Rücksicht nehmen. Oppositionspolitik aus der Mittefraktion ist ungewohnt und wenn doch Opposition gemacht wird, soll diese nicht destruktiv sein. Die Aussagen sowie Enthaltungen der Mittefraktion zum Budget 2021 sollen nun aber doch als letzten Mahnfingerzeig verstanden werden. Alle hier im Saal sind in der Verantwortung, indem der Stadtrat für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt besorgt ist und der Einwohnerrat dies kontrolliert und gegebenenfalls Massnahmen ergreift, wenn dies der Stadtrat nicht macht. Der Stadtrat hat diese Aufgabe nicht erfüllt, da es vermutlich auch eine Aufgabe ist, die er gar nicht erfüllen kann und somit sind die Voten seiner Fraktion auch nicht als persönliche Vorwürfe zu interpretieren. Rein objektiv hat aber der Stadtrat die Aufgabe für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt nicht erfüllt. Somit hat der Einwohnerrat Korrekturmassnahmen im Rahmen seiner Möglichkeiten vorzunehmen. Solch

eine schwierige Finanzsituation hatte man schon einmal und in der Folge ist dann die Motion Fluri (Nr. 2002/118) eingereicht, diese an den Stadtrat überwiesen und erst nach mehreren Jahren dann als erfüllt abgeschrieben worden, nachdem die Schulden von 60 Mio. auf 25 Mio. gesenkt werden konnten. Die Schulden werden sich bald wieder auf rund 80 Mo. belaufen und weitere politische Vorstösse zur Schuldensenkung könnten durchaus wieder möglich sein. Seine Fraktion wird sich bei der Budget-Genehmigung enthalten, da die Mittefraktion in der Vergangenheit mehrmals und vergeblich auf die zunehmende Problematik wegen der Schuldenzunahme hingewiesen hatte. Die stadträtliche Aufgabenüberprüfung im 2021 kommt um Jahre zu spät, denn hätte man diese früher gemacht, würde auch seine Fraktion selbst einem Budget mit einem negativen Ergebnis zustimmen. Mit den Stimmenthaltungen wird pro forma nicht nur den ungebunden Investitionen, sondern auch den gebunden Investitionen nicht zugestimmt. Immer wieder hört man Schuldzuweisungen an Dritte und es ist wohl schon so, dass man gewisse Fehler selbst macht. Und wenn Andere immer mehr wollen, müssen wir denn dann auch immer mehr ausgeben? Vielleicht müsste man solche Forderungen auch einmal ablehnen. Schon früher hatte man sich dagegen gewehrt, wenn von den Steuervögten immer länger und mehr gefordert wurde. Keinesfalls möchte er Unruhen anstiften. Doch es kann nicht die Lösung sein, dass man ungerecht findende Forderungen dennoch immer bezahlt und dann dadurch kompensiert, indem dann beispielsweise Investitionen zur Attraktivitätssteigerung Liestals immer wieder hinausschiebt, nur damit die Schulden nicht noch weiter anwachsen. Vielleicht ist es sogar nötig, dass man die Zwangsverwaltung, welche man unbedingt abwenden möchte, nicht ansteuert, aber doch vielleicht nicht gar so schrecklich anschaut und sich folglich die einte oder andere Investition gönnt. Dann könnte es schon sein, dass es zu einer Zwangsverwaltung kommt, doch dann müsste ja auch der Kanton aufzeigen, wie er mit seinen eigenen Vorgaben das Steuer herum reissen kann. Und dann dürfte dieser vielleicht selbst auch feststellen müssen, dass dies gar nicht möglich ist. Welches der richtige oder falsche Weg ist, kann er auch nicht sagen. Es braucht aber dringend eine Strategie des Stadtrates, wie man nun das Problem angehen und lösen will. Auch der Einwohnerrat muss sich Gedanken machen, den Gürtel enger schnallen und Sparbemühungen dürfen in keinem Bereich tabu sein. Jede Investition muss gut überlegt werden, was aber nicht heissen soll, dass man gar nicht mehr investieren soll.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, mit einer Zwangsverwaltung durch den Kanton dürfte es wohl schon nicht so schnell gehen. Die Motion Fluri wird sicher auch noch einigen Ratsmitgliedern präsent sein und natürlich ist Handlungsbedarf nötig. Dies soll aber schrittweise passieren und der Rat müsste dem Stadtrat auch weiterhin bei seinen Vorhaben den Rücken stärken. Das Budgetergebnis ist wirklich schlecht, doch Covid-19 wird hoffentlich bald einmal der Vergangenheit angehören, die Folgen der SV17 sollten künftig auch nicht mehr so gravierend und dadurch schon bald einmal Mehrsteuereinnahmen möglich sein. Die Fragen im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung und dem Lastenausgleich sind aber auf jeden Fall noch zu klären. Der grösste Posten sind nach wie vor die Sozialhilfekosten, doch der Einfluss der Gemeinden auf diese Kosten ist sehr minim und für mehr Handlungsspielraum wären Gesetzesänderungen nötig, es müssten wohl eher Allianzen mit anderen Gemeinden gesucht und für einen besseren Ausgleich gekämpft werden. Wohl gesamtschweizerisch müsste man einmal die Frage thematisieren, ob sich denn die immer höheren Mehrausgaben im Bildungsbereich schlussendlich auch hinsichtlich einer besseren Qualität bezahlt machen. Auch möchte er an dieser Stelle einmal für den Bürgerrat Liestal eine Lanze brechen, denn es ist schon wichtig, dass Bürgerrat und Stadtrat von Liestal miteinander reden und das hatte er ja bereits vor der neuen aktuellen Zusammensetzung getan. Das Gitterli-Bad konnte schon mehrmals von finanziellen Entgegenkommen und Unterstützungen der Bürgergemeinde profitieren und der kürzlich beschlossene Erlass der Baurechtszinsen im 2021 ist nicht der erst Fall eines Bürgergemeinde-Sponsorings. Der Einwohnerrat sollte den Stadtrat dabei unterstützen, wenn dieser einen Lastenausgleich mit anderen Gemeinden sucht und beim Kanton vorstellig wird.

Michael Durrer (GL) nimmt Bezug auf die Voten aus der Mittefraktion und stimmt zu, dass es für die Einwohnerratsfraktionen nicht immer nur Vorteile hat, wenn man eine Vertretung im Stadtrat hat. Es kann aber doch auch ein Nachteil sein, wenn man beispielsweise in den Fraktionen nicht weiss, welches die stadrätlichen Bemühungen zur Verbesserung der finanziellen Situation sind. Die stadrätlichen Bemühungen werden einem meist bei der Vorberatung von stadrätlichen Vorlagen in den Kommissionen bewusst. So sind beispielsweise bei den Sozialhilfe- und Gesundheitskosten bereits verschieden Massnahmen zur Kostensenkung getroffen worden. Den Aussagen im Zusammenhang mit der Investitionsstrategie kann er nicht ganz folgen. Und ob es wirklich Sinn macht, mit einer Überprüfung der veranschlagten Briefmarkenkosten hinsichtlich der Digitalisierungsstrategie das Budget-Defizit von 5,7 Mio. senken zu können, weiss er selbst auch nicht. Zumal man bei den Kommissionstätigkeiten immer wieder feststellen kann, dass Stadtrat und Verwaltung das Möglichste zur Kostenminimierung machen und sehr gute Arbeiten leisten. Sicher sind noch gewisse Einsparungen möglich, doch die generellen Vorwürfe aus der Mittefraktion sind für ihn nicht nachvollziehbar und gerechtfertigt.

Joel Bühler (SP) nimmt Bezug auf das Votum von Thomas Eugster bezüglich der Selbstfinanzierung von Steuersenkungen und stellt fest, dass gemäss neuesten Untersuchungen und statistischen Zahlen nun schon so ist, dass Senkungen der Unternehmenssteuer schlussendlich zu Steuerausfällen führen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass der Widerstand ihrer Fraktion nichts mit Vorwürfen an die Adresse des Stadtrates zu tun hat. Wenn aber von allen Fraktion durchwegs festgehalten wird, dass das Budget 2021 sehr schlecht ist, somit ist auch dringender Handlungsbedarf nötig. Und dass nun Handlungsbedarf besteht, wird ihre Fraktion mit den Enthaltungen bekräftigen. Auch möchte sie festhalten, dass konjunkturelle Defizite wie beispielsweise SV17 und Corona immer wieder vorkommen, doch gleichen sich diese auch immer wieder aus. Hingegen haben wir beim strukturellen Defizit grundsätzliche Probleme, welche auch bei einer besseren Konjunktur nicht gelöst werden. Und dies kann nun mit dem fehlenden Lastenausgleich unter den Gemeinden, Zentrumslasten und vor allem mit dem Kanton zu tun. So ist es richtig und wichtig, dass der Stadtrat die Gespräche mit anderen Gemeinden fortführt und die Aufgabenüberprüfung in Angriff nimmt, damit man auf kommunaler Ebene auch noch etwas beisteuern und bewirken kann.

Thomas Eugster (FDP) verweist auf die vorgängige Aussage von Joel Bühler und stellt fest, dass mit der SV17 doch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können und sich somit die ausfallenden Unternehmenssteuern mit den Steuermehreinnahmen der natürlichen Personen ausgleichen. Schlussendlich dürften die Steuereinnahmen per Saldo höher sein.

Peter Küng (SP) hofft, dass es nicht noch einmal einen politischen Vorstoss analog der Motion Fluri braucht, zumal diese Motion den Stadtrat und den Einwohnerrat während Jahren hemmte. Dies hatte schlussendlich zur Folge, dass versteckte Schulden im Bereich der Schulbauten gemacht wurden, was nun zu Nachinvestitionen und vermehrten Schuldenzunahme führt. Folglich sind mit der Motion Fluri die Schulden nur zu Lasten der nächsten Generationen verschoben worden. Und im Zusammenhang mit der gewünschten grösseren Autonomie im Bildungsbereich müsste man vielleicht auch einmal den Grundsatz anschauen, dass diejenigen zahlen sollen, welche auch befehlen. Skeptisch ist er bezüglich der vermehrten Selbstbestimmung durch die Gemeinden, denn mit der jetzigen Praxis des Kantons kann man doch von einer ausgeglichenen Volksschule im ganzen Kanton sprechen. Auch möchte er davon warnen, dass man die Investitionsrechnung und die Laufende Rechnung miteinander vermischt, denn Investitionen müssen immer langfristig betrachtet werden, was bei der Laufenden Rechnung auf ein Kalenderjahr beschränkt ist. Bei der Laufenden Rechnung haben wir zudem das Problem, dass bald rund 90 Prozent der Ausgaben gebunden sind und von den Gemeinden gar nicht beeinflusst werden können. Die Folgen von SV17 wirken sich bei allen Gemeinden aus und unschön ist, dass der Kanton einen Teil dieser Gelder zurück behält bzw. sich nicht an die Abmachungen hält.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass wir nun seit über 5/4-Stunden über das Budget 2021 diskutieren und so sollte man sich bei den weiteren Voten kurzfassen und auf Wiederholungen verzichten, da wir doch noch einige andere wichtige Geschäfte an der heutigen Sitzung behandeln sollten.

Benjamin Holinger (GL) hält fest, dass er sich nach den Voten aus der Mittefraktion schon die Frage stelle, ob den Stimmenthaltungen das richtige Signal für eine Verbesserung der finanziellen Situation von Liestal sind. Auch ihn habe das Budget 2021 mit dem schlechten Ergebnis und die weitere finanzielle Situation von Liestal im Zusammenhang mit der FIKO-Beratung doch massiv beunruhigt. Nun braucht es aber ein Zusammenstehen, konstruktive Lösungen, engagierte Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder mit neuen Ideen und Lösungsvorschlägen. Grosse Sparbemühungen sind bei einem beeinflussbaren Anteil von 10 % an nicht fremdbestimmten Ausgaben kaum möglich.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf einige Voten von Fraktions- und Einzelsprecher und dankt für die gute Debatte. Gut ist ja doch, dass sich Stadtrat und auch Einwohnerrat der Problematik bewusst sind und das Problem auch gemeinsam lösen möchten. Die Zielsetzungen der nächsten Jahre werden im EP 2020-2024 aufgezeigt. Die jetzige Finanzausgleich-Gesetzgebung sowie der fehlende finanzielle Druck verhindern gar eine vermehrte Zusammenarbeit der Gemeinden. Die Auswirkungen von SV17 tun weh und der vom Kanton versprochene Ausgleich über den Finanzausgleich kommt nun halt doch nicht, wobei die Begründung wegen Covid-17 auch nicht gerade glaubhaft ist. Liestal hat das Problem, dass wir bereits in fünf Jahren kein Geld mehr haben. Die Motion Fluri hatte zur Folge, dass man dann während Jahren die Investitionen auf 1,5 Mio. pro Jahr plafoniert und damit etwas mehr finanziellen Spielraum verschafft hatte, da man für damalige Fremdmittel bis zu 7 Prozent bezahlen musste. Im Zusammenhang mit den versteckten Schulden bei den Schulbauten möchte er festhalten, dass man immer noch genügend saniert und investiert, damit die Gebrauchstauglichkeit und Werterhaltung gewährleistet bleibt. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist erst die Analyse abgeschlossen und sobald man die Massnahmen umsetzt, wird man beispielsweise auch die Porti- und Briefmarkenkosten entsprechend veranschlagen können. Die Reduktion von Aufträgen für Dienstleistungen Dritter ist doch auch schon ein etwas alter Hut, wurde diese Frage schon thematisiert, als er als Einwohnerrat in der FIKO tätig war. Solche Aufträge werden erteilt, wenn Expertenwissen nötig ist. Auch ist es nicht so, dass der Stadtrat bei den gebunden Ausgaben rein gar nichts unternehmen kann, denn bereits in der Vergangenheit hatte man beispielsweise die Aufgabenüberprüfung im Sozialbereich vorgenommen und auf politischer Ebene beispielsweise die Ausgleichsinitiative angestossen. Auch im Bildungsbereich werden aktuell mögliche Sparmassnahmen geprüft. Spannend habe er die Aussage des Mitte-Fraktionssprechers im Zusammenhang mit dem Engelsaal gefunden und die diesbezüglichen Vorschläge wird er sicher noch prüfen.

7. Anträge

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) hält fest, dass die stadträtlichen Anträge von der FIKO und BPK unterstützt werden.

Die Ratsmitglieder sind mit E-Mail des Ratsschreibers vom 18. Dezember 2020 darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass keine Einzelanträge gemäss § 51 ER-Geschäftsreglement eingegangen sind.

Somit muss über keine Zusatzanträge der vorberatenden Kommissionen und auch über keine Einzelanträge abgestimmt werden.

Jahresprogramm 2021

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2021 wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Steuerfuss, Steuersätze und Feuerwehersatzabgaben 2021

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) nimmt Bezug auf den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020-14a: Auf Seite 10 wird im Zusammenhang mit dem Antrag 2 festgehalten, dass der Steuersatz für die Kapitalsteuer der Juristischen Personen neu im kantonalen Steuergesetz festgelegt wird und deshalb über den diesbezüglichen Antrag des Stadtrates nicht abzustimmen ist.

Sie kann feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Steuerfuss, die Steuersätze sowie die Feuerwehersatzabgaben 2021 werden gemäss den Anträgen des Stadtrates und der FIKO einstimmig beschlossen.

Gebühren

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass zum 3. Antrag des Stadtrates sowie der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird von den im Jahre 2021 geltenden Gebühren für den Wasserbezug, die Abwasserbenützung, die Kehrichtsackgebühr sowie Hundehaltung Kenntnis genommen.

Teuerungsausgleich

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Stadtrates und der FIKO wird einstimmig zugestimmt und analog dem Landratsbeschluss für das Staatspersonal kein Teuerungsausgleich für die Besoldung 2021 beschlossen.

Erfolgsrechnung / Investitionen

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) kann feststellen, dass die FIKO und auch die BPK dem Rat die Genehmigung des Budget 2021 gemäss stadträtlichem Antrag beantragen.

://: Die Erfolgsrechnung 2021 sowie die Investitionen gemäss 5. Antrag des Stadtrates werden einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) erklärt, dass das Budget 2021 gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2020-14 nach den heutigen Entscheiden keine Änderungen erfahren hat. Sie kann feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2021 gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2020-14 mit 32 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen genehmigt.

* * * * *

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte es nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit Bereichsleiter Thomas Kunz den besten Dank für das Geleistete während seiner langjährigen Anstellung zu danken. Als noch junges Einwohnerrats- und FIKO-Mitglied hatte er ihn als sehr genauen und vielseitigen Mitarbeiter kennen gelernt. Und dass der Stadtrat heute ein Budget mit einem Defizit von 5,7 Mio. doch noch hier im Einwohnerrat durchbringen konnte, ist sicher auch sein Verdienst. So wurde auch von der beauftragten Revisionsgesellschaft im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer-Kontrolle Liestal und somit dem Bereichsleiter Finanzen ein ausserordentlich gutes Zeugnis ausgestellt. Die Zusammenarbeit mit ihm war immer gut und er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

53 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Alters- und Pflegeregion, Kommission (APRL) – Berichte Stadtrat sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK); Vorlage Nr. 2020-8

Dominique Meschberger (GL) stellt als Präsidentin den SBK-Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2020-8a vor: Das Thema Alter betrifft uns gleichermassen, wünschen wir uns doch alle ein langes Leben. Die Planung dieser Lebensphase und die ständige Anpassung an äussere Umstände ist deshalb von höchster Wichtigkeit. Sie bedankt sich beim Stadtrat und die Verwaltung für die umfassenden Informationen im Zusammenhang mit der Vorberaterung der stadträtlichen Vorlage durch die SBK. Gemäss kantonaler Gesetzgebung haben sich die Gemeinden zu Versorgungsregionen zusammen zu schliessen, welche das Angebot an Alters- und Pflegebetreuung sicherstellen. Liestal hat eine niederschwellige Form der Zusammenarbeit gewählt, was unter anderem auch auf die Skepsis einiger Gemeinden und die fehlende politische Akzeptanz in einigen Gemeinden zurückzuführen ist. Auch sind einige Gemeinden nicht bereit, ihre angeblich gut funktionierenden Beratungsstellen einer zentralen Beratungsstelle zu opfern, weshalb vorerst auf eine gemeinsame Beratungsstelle verzichtet wird. Für die SBK ist das Zustandekommen solcher Gegebenheit nachvollziehbar und sie begrüsst vorerst ebenfalls eine niederschwellige Zusammenarbeit, in der Annahme, dass diese Zusammenarbeit in der Zukunft doch noch intensiviert werden kann. Die SBK unterstützt deshalb den Antrag für den Gründungsvertrag für eine gemeinsame Kommission Alters- und Pflegeregion Liestal.

Peter Küng (SP) meint, dass die Bildung der neuen Kommissionen ein wichtiger erster Schritt für die Versorgungsregion Liestal ist. Es ist zwar ein kleiner Schritt geworden, ist doch die Kommissionsbildung der einzige gemeinsame Nenner der beteiligten Gemeinden. Seine Fraktion bedauert es, dass es an Dynamik, Inhalten und Zielformulierungen fehle. Vielleicht ändert sich dies ja noch nach der Genehmigung des Gründungsvertrages und man könnte dann beispielsweise auch neue Pflegeformen über die Gemeindegrenzen hinaus diskutieren. Mit einer vermehrten Zusammenarbeit könnten auch Doppelspurigkeiten vermieden und Kosten gespart werden. Schwierig ist es, dass in der Politik immer verschiedene Hüte bezüglich Leistungsbezügern und Leistungserbringern vorhanden sind. Viele Politiker sind oftmals in Stiftungsräten von Leistungserbringern vertreten und teilweise auch gleichzeitig Steuerzahler sowie Leistungsbezüger, was so schnell als möglich korrigiert werden müsste. Seine Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates sowie der SBK zustimmen.

Reto Pusterla (FDP) dankt namens seiner Fraktion für die geleisteten Vorarbeiten sowie die Ausarbeitung der stadträtlichen Vorlage und den SBK-Bericht. Bei der Kommissionsbildung handelt es sich um den kleinstmöglichen Schritt, doch jede Reise beginnt ja bekannterweise mit einem ersten Schritt. Man hofft doch, dass das Ziel für eine Kostenreduktion durch Effizienzsteigerung dennoch erreicht werden kann. Seine Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates und der SBK ebenfalls zustimmen.

Denise Meyer (SVP) unterstützt die Voten der Vorredner und informiert darüber, dass ihre Fraktion die Anträge ebenfalls unterstützt.

Susanne Thommen (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch die Mittefraktion unterstütze die Anträge des Stadtrates sowie der SBK.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, sie habe nun den Spitex-Hut an und kann an dieser Stelle versichern, dass man auf dem richtigen Weg sei. Das Vertrauen einiger Gemeinden muss noch gewonnen werden, damit auch diese noch ins Boot steigen.

Stadtrat Lukas Felix erklärt, er werde stellvertretend für die abwesende Departementsvorsteherin noch einige Punkte festhalten. Mit dem Gründungsvertrag für die APRL-Kommission wird ein erster wichtiger Schritt gemacht. Die wichtigsten Punkte können den beiden Vorlagen entnommen werden und sind auch heute nochmals kurz festgehalten worden. Die Kommission wird offiziell die Arbeit am 1. Januar 2021 aufnehmen und das Ziel der ARPL ist es, auf dem Bestehenden weiter aufzubauen. Zu Beginn wird es kein gesamtheitliches Beratungsangebot geben. Dort wo es noch fehlende Angebote gibt, wie beispielsweise Abklärungen im Zusammenhang mit der Pflegebedürftigkeit usw. werden noch geeignete Anbieter gesucht. Auch wird beabsichtigt, dass möglichst viele Verträge von möglichst vielen Partnergemeinden unterzeichnet werden, doch gemäss Statuten können die Gemeinde nach wie vor individuelle Verträge abschliessen. Ein vermehrtes Zusammengehen und das gemeinsame Lösen von Problemen durch die Gemeinden macht auch im vorliegenden Fall Sinn.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über den Antrag des Stadtrates sowie der SBK abstimmen lässt, welche identisch sind.

://: Der Einwohnerrat beschliesst grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung den Gründungsvertrag für eine gemeinsame Kommission Alters- und Pflegeregion Liestal.

54 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Wasserleitungersatz im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau der EBL – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission BPK (Nr. 2020-24)

Werner Fischer (FDP) stellt als Präsident der Bau- und Planungskommission den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020-24a vor: Die Wasserleitungen sind zwischen 1931 und 1934 verlegt worden und haben somit deutlich die erwartete Lebensdauer überschritten. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft ist auch die Frage in der BPK thematisiert worden, inwieweit die EBL auf die Stadt Liestal im Zusammenhang von Werkleitungen Druck macht. Wie er bereits im Bericht erwähnt hat, kann die Stadt Liestal selbst entscheiden, ob sie von den Synergien profitieren möchte oder nicht. Die BPK unterstützt den stadträtlichen Antrag.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass die Notwendigkeit des Wasserleitungersatzes angesichts ihrer Lebensdauer wohl unbestritten ist, zumal mit einer Koordination der Bauarbeiten mit der EBL auch Kosten gespart werden können. Die Mittefraktion stimmt dem Antrag zu.

Peter Bürgin (FDP) meint, dass es beim vorliegenden Projekt dank der Synergiennutzung nebst den Kostenvorteilen auch zu weniger Verkehrsstörungen kommen wird. Die alten und reparaturanfälligen Wasserleitungen sollen nun ersetzt werden, wobei die anfallenden Kosten ja auch bereits im Budget 2021 enthalten sind. Die FDP-Fraktion stimmt dem BPK-Antrag einstimmig zu.

Reto Derungs (SP) begrüsst es, dass Synergien genutzt werden können und ist erfreut, dass Wasserleitungen doch auch über 80 Jahre alt werden können. Erstaunt haben ihn die Entsorgungskosten für den Aushub und den Belag von rund TCHF 174. Eine Weiterverwertung von solchem Aushubmaterial anstelle der Abführung in die Deponie war wünschenswert. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK zustimmen.

Dominik Beeler (GL) erklärt, dass die Grüne Fraktion dem beantragten Kredit ebenfalls zustimmen wird.

Beat Gränicher (SVP) führt aus, die SVP-Fraktion stimme dem Baukredit ebenfalls zu. Im Zusammenhang mit der neuen Baustelle hält er fest, dass es durchaus nicht verboten ist, dass man auch in Liestal die verschiedenen Baustellen etwas besser koordiniert, denn im Moment haben wir mir den ganzen Baustellen in Liestal schon etwas ein „Gnusch“.

Stadtrat Marie-Theres Beeler dankt für die befürwortenden Voten aller Fraktionen und auch dafür, dass das Geschäft doch noch an der heutigen Sitzung behandelt wird, da es pressiert und mit den Bauarbeiten bereits anfangs Jahr begonnen wird. Der Ersatz der Leitungen ist wichtig. Betreffend den Entsorgungskosten ist es so, dass nicht alles Aushubmaterial deponiert wird, doch einiges an Aushub muss gereinigt werden, bevor es wieder eingebaut werden kann.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über den Antrag des Stadtrates abstimmen lässt, welche von der BPK zur Genehmigung beantragt wird.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig den Bruttokredit von TCHF 831 inkl. 7,7 % Mehrwertsteuer (Konto 7101.0530.0276) für den Wasserleitungersatz im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau der EBL.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Verena Baumgartner hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) wünscht allen Anwesenden und ihren Angehörigen frohe Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins 2021.

Schluss der Sitzung: 19.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Verena Baumgartner

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann